

Wiener Landtag

42. Sitzung vom 27. Februar 1978

Stenografischer Bericht

Inhaltsverzeichnis

1. Beurlaubte und entschuldigte Abgeordnete (S. 1)
2. Mitteilung des Einlaufes (S. 1)
3. Pr.Z. 220, P. 1: Vorlage des Gesetzes, mit dem die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung geändert wird.
Berichtersteller: Amtsf. Stadtrat Schieder (S. 1)
Abstimmung (S. 1)
4. Pr.Z. 407 LF/78: Anfrage der Abg. Hahn, Dkfm. Ammann und Dr. Peter Mayr, betreffend die ungeklärte

Finanzsituation beim Wohnpark Alt-Erlaa.
Verlesung durch Schriftführer Abg. Neunteufel (S. 2), Begründung der Dringlichkeit durch Abg. Hahn (S. 2).
Redner: Die Abg. Hahn (S. 3), Dr. Hirnschall (S. 5), Pöder (S. 5), Dkfm. Ammann (S. 6), Ing. Hofmann (S. 9), Suttner (S. 10), Dr. Peter Mayr (S. 11) und Dr. Macher (S. 13).
Beantwortung der Anfrage durch amtsf. StR. Heller (S. 12).

Vorsitzender: Erster Präsident Maria Hlawka.
Schriftführer: Die Abg. Wiesinger und Friederike Seidl sowie die Abg. Neunteufel und Ing. Kreiner.

(Beginn um 10 Uhr.)

Präsident Maria Hlawka: Die 42. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Beurlaubt ist Frau Abg. Franziska Fast.

Entschuldigt ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pfoch; er befindet sich in Vertretung des Herrn Bürgermeistermeisters in Oslo.

Weiters sind entschuldigt die Herren Abg. Deistler und Gawlik.

Es liegt eine dringliche Anfrage der Österreichischen Volkspartei vor. Die Abg. Präsident Hahn, Dkfm. Ammann und Dr. Mayr haben an den Amtsführenden Stadtrat für Wohnen eine Anfrage, betreffend die ungeklärte Finanzsituation beim Wohnpark Alt-Erlaa, gerichtet.

Gemäß § 17 Abs. 5 der Geschäftsordnung wurde die Verlesung der Anfrage verlangt. Gemäß § 18 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurde die Begründung der Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand beantragt.

Da beide Anträge genügend unterstützt sind, ist dem Verlangen auf Verlesung der Anfrage, auf Begründung der Anfrage durch den Fragesteller und auf Durchführung einer Debatte spätestens bis zum Beginn der 4. Sitzungsstunde ohne Abstimmung stattzugeben.

Wir kommen nun zur Post 1. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung geändert wird.

Die Berichterstattung erfolgt nach § 23 der Geschäftsordnung.

Berichtersteller ist Herr Amtsführender Stadtrat Schieder. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichtersteller Amtsführender Stadtrat Schieder: Frau Präsident! Hoher Landtag! Mit der Novelle zum Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz vom 2. Februar 1977 hat der Bund die Grundsätze in einigen Bereichen dieses Gebietes abgeändert. Es ergibt sich daher für den Landesausführungsgesetzgeber die Notwendigkeit, entsprechend diesen Grund-

sätzen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu schaffen.

Dieser Notwendigkeit soll durch den gegenständlichen Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung geändert wird, Rechnung getragen werden.

Im externen Begutachtungsverfahren wurden nur wenige Bedenken geltend gemacht.

Von Seiten des Bundes ist auf Grund der unterschiedlichen Auffassungen der befaßten Dienststellen hinsichtlich der kompetenzmäßigen Grundlage sowohl dieses Entwurfes als auch des ihm vorangehenden Grundsatzgesetzes keine zusammenfassende Stellungnahme des federführenden Ressorts eingegangen.

Einer im Begutachtungsverfahren abgegebenen Anregung der Wiener Landwirtschaftskammer, die Zahl der Mitglieder der Meisterprüfungskommission auf insgesamt 7 zu erhöhen, konnte nicht beigetreten werden. Wenn bei anderen Prüfungen, wie zum Beispiel im gewerblichen Bereich, mit einer weniger als 5 Personen umfassenden Prüfungskommission das Auslangen gefunden werden kann, so erscheint es wohl nicht einsichtig, gerade bei dieser Art von Prüfungen, wo der Umfang des Prüfungsstoffes wohl nicht wesentlich größer ist, eine Prüfungskommission mit 7 Mitgliedern vorzusehen.

Den übrigen Einwänden zum ausgesandten Entwurf wurde jedoch Rechnung getragen.

Ich stelle daher den Antrag, daß der Wiener Landtag beschließen wolle:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung, LGBL. für Wien Nr. 12/1958, in der Fassung des Landesgesetzes LGBL. für Wien Nr. 27/1967, geändert wird, wird zum Beschluß erhoben.

Präsident Maria Hlawka: Danke.

Zu diesem Geschäftsstück liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, kommen wir gleich zur zweiten Lesung. — Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Das ist einstimmig angenommen. Das Gesetz ist somit beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Verlesung der bereits zu Beginn der Sitzung erwähnten Anfrage der Abg. Präsident Hahn, Dkfm. Ammann und Dr. Mayr, betreffend die ungeklärte Finanzsituation beim Wohnpark Alt-Erlaa.

Da das Verlangen nach Verlesung der Anfrage von der in § 17 Abs. 5 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten unterstützt ist, ersuche ich den Schriftführer um Verlesung.

Schriftführer Abg. **Neunteufel**: Ich verlese die dringliche Anfrage der ÖVP-Abgeordneten Fritz Hahn, Dkfm. Gerhard Ammann und Dr. Peter Mayr an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Wohnen, betreffend die ungeklärte Finanzsituation beim Wohnpark Alt-Erlaa.

Mit der Errichtung von zwei Wohntürmen des Wohnparks Alt-Erlaa wurde in den Jahren 1973 beziehungsweise 1975 begonnen. Bis Anfang 1976 wurden für die 995 Wohnungen des Bauteiles A, der bereits seit über einem Jahr bezogen ist, und die 1022 Wohnungen des Bauteiles B, der sich noch in Bau befindet, 1489 Millionen Schilling Gesamtbaukosten geschätzt und aus Mitteln der Wohnbauförderung insgesamt 670 Millionen Schilling genehmigt.

Durch Pressemeldungen in der vergangenen Woche wurde die Öffentlichkeit mit der überraschenden Nachricht konfrontiert, daß sich die Gesamtbaukosten um rund 600 Millionen Schilling erhöht haben sollen. Für diese gigantische Kostenexplosion müßten, den Veröffentlichungen zufolge, zum Teil die Mieter des Wohnparks Alt-Erlaa, aber auch das Land Wien im Wege einer eventuellen Nachförderung aufkommen. Dies hat verständlicherweise bereits zu einer großen Beunruhigung unter den Mietern geführt, da sie neben hohen Nachzahlungen auch noch höhere monatliche Rückzahlungen befürchten müssen.

Eine Nachförderung — man spricht von etwa 227 Millionen Schilling — würde andererseits bedeuten, daß an die 1000 Wohnungssuchende beziehungsweise Wohnungswerber noch weiter und länger auf ihre Wohnung warten müßten. Dabei ist jedoch zweifelhaft, ob für den Wohnpark Alt-Erlaa tatsächlich noch eine Nachförderung gewährt werden kann, denn die Mehrkosten von über 40 Prozent würden die gesetzliche Höchstgrenze der Förderung bei weitem überschreiten.

Einen besonderen Aspekt gewinnt in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die Gesiba, die beim „Wohnpark Alt-Erlaa“ 96 Prozent der Anteile besitzt, als offizielles Organ der Rathausverwaltung die Kostenüberprüfungen durchführt, das heißt de facto Prüfer in eigener Sache ist.

Eine rasche Klärung und Bereinigung dieser Fragen ist dringend notwendig: Einerseits im Interesse der fast 2000 Mieter des Wohnparks Alt-Erlaa, die als Aktionäre Miteigentümer sind, aber auch im Hinblick darauf, daß die ausgelösten Spekulationen zu Rücktritten und Änderung der Kaufabsichten von zukünftigen Mietern führen können, die sich dadurch äußerst schädigend auf das gesamte Projekt des Wohnparks und die Gestion der Gesiba auswirken würden.

Die gefertigten ÖVP-Abgeordneten richten daher an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Wohnen die dringliche Anfrage:

1. Liegen der Magistratsabteilung 50 bereits Unterlagen vor, nach denen seitens der Gesiba beziehungsweise der Wohnungs-AG Wohnpark Alt-Erlaa eine Nachförderung für den Bauteil A des Wohnparks Alt-Erlaa gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1968 beantragt wurde?

2. Wenn ja, in welcher Höhe, und kann auf Grund dieser Unterlagen eine Nachförderung auf gesetzlicher Basis überhaupt gewährt werden?

3. Ist der Herr Amtsführende Stadtrat bereit, die Überprüfung der Angemessenheit der Gesamtbaukosten beim Wohnpark Alt-Erlaa durch Dienststellen des Magistrats und nicht durch die Gesiba durchführen zu lassen, da in diesem Fall eine solche Überprüfung inkompatibel erscheint?

4. Welche Möglichkeit sieht der Herr Amtsführende Stadtrat, in Anbetracht der betroffenen 2000 Mieter, der Größe des Projekts Wohnpark Alt-Erlaa und der ursprünglichen Baukosten von rund 1,4 Milliarden Schilling, die sicher bereits über 2 Milliarden Schilling gestiegen sind, eine möglichst rasche Schlußabrechnung der Gesamtkosten des Bauteiles A vorlegen zu lassen?

5. Wurden die Bedingungen des Darlehensbescheides an die Gesiba beziehungsweise an die Wohnungs-AG Wohnpark Alt-Erlaa auf Grund des Beschlusses der Wiener Landesregierung vom 30. Oktober 1973 für den Bauteil A in der Höhe von 281.574.000 S und für den Bauteil B vom 27. Jänner 1976 in der Höhe von 388.890.000 S eingehalten oder wurde ohne Beschluß der Landesregierung die Darlehenszusicherung bescheidmäßig geändert?

6. Welche Konsequenzen zieht der Herr Amtsführende Stadtrat aus der Tatsache, daß die zur Prüfung sämtlicher Wohnbauvereinigungen herangezogene Gesiba offensichtlich nicht in der Lage ist, den eigenen Bereich ordnungsgemäß abzuwickeln?

7. Wird der Bauteil C des Wohnparks Alt-Erlaa, für den derzeit noch keine Baubewilligung vorliegt, überhaupt noch errichtet werden?

8. Für welche weiteren größeren Wohnbauprojekte der Gesiba, deren Wohnungen bereits bezogen worden sind, liegt noch keine Schlußabrechnung der Gesamtkosten vor?

Ende des Textes der dringlichen Anfrage.

Präsident Maria **Hlawka**: Danke. Der Antrag auf mündliche Begründung der Anfrage und auf eine Debatte über den Gegenstand ist von mehr als 17 Abgeordneten gestellt worden. Ihm ist gemäß § 18 Abs. 1 der Geschäftsordnung ohne weiteres stattzugeben. Gemäß § 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung darf hiebei kein Redner, der Befragte ausgenommen, mehr als 20 Minuten lang sprechen.

Wir kommen aber vorerst zur Begründung dieser Anfrage. Hier mache ich darauf aufmerksam, daß die Redezeit 5 Minuten beträgt. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Hahn. Ich erteile es ihm.

Abg. **Hahn**: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter als Mitglied der Landesregierung und als der für die Wiener Wohnbauförderung Verantwortliche heute in Oslo eine Ausstellung eröffnet, sieht sich meine Fraktion trotzdem gezwungen, diese Frage heute dringend zu behandeln.

Seit über einem Jahrzehnt beschäftigt das Projekt

Alt-Erlaa die Stadtplanung, die Stadtverwaltung und die Organe der Gesiba. Gigantische Grundkäufe wurden getätigt, um ein Wolkenkratzerprojekt am Stadtrand zu errichten.

Nach längerer Diskussion, vor allem auch über die mangelnde Verkehrserschließung und Infrastruktur, dann Abzonung von ursprünglich 36 Stockwerken auf 26, wurde am 26. Februar 1970 der Grundsatzbeschluss gefasst.

Am 31. Juli 1973 wird die Wohnpark Alt-Erlaa AG gegründet. Durch Erwerb von 5000 S-Aktien, die zur Finanzierung der Infrastruktur dienen sollen, soll auch den Mietern eine erhöhte Mitsprache gesichert werden.

Durch immerwährende Urgenzen der ÖVP-Gemeinderäte im Aufsichtsrat bis zum Sommer vergangenen Jahres und dann nach der Abberufung der Politiker aus den Aufsichtsräten und auch eines von der ÖVP nominierten Nichtpolitikers aus dem Aufsichtsrat um die Ausgabe der Aktien beziehungsweise die Einberufung der Aktionärsversammlung, die bis heute noch nicht stattgefunden hat — hier gab es immer nur barsche Antworten des nunmehr pensionierten Geschäftsführers Muchna, der angeblich aus Krankheitsgründen am 31. Jänner 1978 zurückgetreten ist, was sich allerdings mit dem Schreiben, das er an die Belegschaft der Gesiba sandte, sicherlich nicht deckt, aber auch des Aufsichtsratsvorsitzenden Generaldirektor Dr. Mantler —, hat die ÖVP immer wieder versucht, Klarheit zu bekommen. Vor allem aber auch über die tatsächliche Höhe der Baukosten, die nach den damals festgesetzten angemessenen Gesamtbaukosten von 1973 5800 S pro Quadratmeter, zusätzlich aller Erschwerniszuschläge insgesamt 8004 S, betragen.

Dies ist der Stand 1973 des Bauteiles A, der am 30. Oktober 1973 in der Landesregierung mit 45 Prozent öffentlicher Darlehen in der Höhe von 281,574.000 S beschlossen wurde. Das ergibt Gesamtbaukosten von 625,7 Millionen. Dies ist die Basis für die Abrechnung.

Direktor Gemeinderat Busta bestätigt das auch in seiner Aussendung vom 24. Februar des heurigen Jahres und gibt bereits ganz klar zu, daß die Baukosten inzwischen auf 1019 Millionen, das ist um 400 Millionen Schilling mehr, gestiegen sind. Dies bedeutet bei 87.000 Quadratmetern Wohnfläche, wobei ich hier die Diskussion, wie weit Loggien voll, halb oder ganz anzurechnen sind, außer Betracht lasse, einen Preis von 11.700 S pro Quadratmeter, das ist auf jeden Fall um 3700 S mehr als die angemessenen Gesamtbaukosten zum Zeitpunkt des Beschlusses der Wiener Landesregierung. Das heißt, es ist auf jeden Fall eine zu hohe Summe.

Wenn aber eine Nachförderung zumindest teilweise jetzt gewährt wird, dann möchte ich ganz klar feststellen, daß das überhaupt nur die Österreichische Volkspartei im Wohnbauförderungsbeirat des vorigen Jahres durchgesetzt beziehungsweise die Frist verlängert hat, denn sonst dürfte dieser Bau um keinen Groschen teurer sein als 8004 S pro Quadratmeter, und die Mieter müßten die volle Differenz zahlen. Dies wäre der schwerste Schlag, den die angeblich so glorreiche Wohnbautätigkeit erleiden würde. Der Pleitegeier käme auf Sie beziehungsweise leider auf die betroffenen Mieter herab. Das hat ausschließlich die Österreichische Volkspartei verhindert. Das möchte ich hier feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Zusicherung des öffentlichen Darlehens von

45 Prozent für den Bauteil B mit 1022 Wohnungen, der noch im Bau ist, erfolgte am 27. Jänner 1976 mit 388,9 Millionen; das ergibt insgesamt 864 Millionen. Wenn aber jetzt die beiden Darlehenszusicherungen zusammengezogen werden sollten, um höhere Gesamtbaukosten zu erreichen, so stelle ich fest, daß das nicht in der Landesregierung beschlossen worden ist. Eine klare Abrechnung ist unmöglich. Das ist um so bedenklicher, weil die Gesiba sich selbst nach dem Baufortschritt die Lohnkostenerhöhungen festsetzt. Hier spielt wieder der vom Finanzministerium festgelegte Lohnindex eine Rolle. Wie hoch ist der Quadratmeterpreis jetzt wirklich?

Wir von der ÖVP haben bei der Gesiba im allgemeinen und im Wohnbauförderungsbeirat darauf aufmerksam gemacht. Meine Damen und Herren! Im Interesse der Mieter des Wohnparks Alt-Erlaa, im Interesse der Wiener Steuerzahler, weil wir für Wien sind, weil wir eine saubere Verwaltung wollen, muß das alles rasch geklärt werden. Ein zweiter Bauring soll verhindert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Maria Hlawka: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß eine technische Einrichtung am Rednerpult die fünf Minuten Redezeit genau anzeigt. Ich muß doch bitten, daß die Redezeit eingehalten wird.

Wir kommen nunmehr zur Debatte über den Gegenstand. Ich erteile dazu dem Herrn Abg. Hahn das Wort und mache noch einmal darauf aufmerksam, daß die Redezeit 20 Minuten beträgt. Ich bitte, diese 20 Minuten einzuhalten. *(Abg. Suttner: Er soll sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten halten!)*

Abg. Hahn: Herr Klubobmann Suttner! Sie hätten jahrelang Gelegenheit gehabt, die demokratischen Gepflogenheiten zu beobachten. *(Lebhafte Rufe und Geheul bei SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das im Wiener Gemeinderat seit Jahren zwischen ÖVP und SPÖ diskutierte Problem Stadterneuerung oder Stadterweiterung nähert sich einem grausigen Ende. Ein Projekt Stadterweiterung, dessen Gigantomanie von Anfang zu schweren Bedenken und Diskussionen führte, ein Projekt, das allerdings zu Zeiten einer noch günstigen Situation bei der Wiener Wohnbauförderung begonnen wurde, das Projekt Wohnpark Alt-Erlaa, steht vor der Pleite. Diesen Wohntürmen, in denen des öfteren schon das Wasser nur bis zum 11. Stock hochgepumpt werden konnte und manche 15 Stockwerke abwärts fahren mußten, um zu Wasser zu kommen, diesem Projekt steht jetzt buchstäblich das Wasser bis zum Hals.

Vor elf Jahren wurde der Sektionsrat des Sozialministeriums beim Bundeswohn- und Siedlungsfonds, Dr. Muchna, der vom Bautenministerium übernommen wurde, nach Differenzen mit dem Bautenminister Kotzina wegen seiner Beschäftigung bei der Wohnbauvereinigung Aichfeld zum alleinigen Geschäftsführer der Gesiba bestellt. Zweifellos ein dynamischer, mit allen Licht- und Schattenseiten eines Wohnbaumanagers ausgestatteter ehemaliger Bundesbeamter, der sich, wie sich aus den Bilanzsummen der Gesiba ergibt, darauf verstand, die Gesiba aus dem Dornröschenschlaf zu wecken, und dessen Bemühen, das muß gesagt werden, die Gemeindebauten qualitätsmäßig zu übertreffen, Erfolg hatte, was allerdings vor zehn Jahren noch keine große Kunst war, und dem es ursprünglich auch gelang, diesen Qualitätsunterschied nicht auf die Preise zu überwälzen.

Bei Alt-Erlaa hat er den Bogen aber weit überspannt.

Eines ist klar, und das haben wir immer gesagt: Sinnvolle Stadterneuerungsprojekte mit 50, 100 oder 200 Wohnungen sind von Haus aus kostensparender und menschlicher als Riesenprojekte, egal ob Großfeldsiedlung, Trabrenngründe, Mitterhofweg der Gemeinde Wien oder Alt-Erlaa der Gesiba. Egal, wer sie baut, egal, welche Lobby hinter ihnen steht, um Herrn Vizebürgermeister Pfoch, der diesen Ausdruck bei der Wohnbauförderungssitzung am 17. Februar des heurigen Jahres selbst so drastisch formulierte, zu zitieren, der zugab, daß Lobbys innerhalb der SPÖ vorhanden sind. Ob er das wahre Debakel schon kannte oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Der verantwortliche Beamte erklärte jedenfalls auf meine Frage, daß man hoffe, im Jahre 1978 mit einer Nachförderungssumme von zirka 200 Millionen Schilling, allerdings für alle Wohnbauvereinigungen, auszukommen.

Im Moment sieht die Sache katastrophal aus. Heute ist es klar, daß Muchna nicht krankheitshalber ging, sondern einfach gehen mußte, weil die von der ÖVP im Zusammenhang mit dem damaligen „Consultatio“-Bericht seit 1976 im Aufsichtsrat ständig aufgeworfenen Fragen von Muchna einfach hinausgeschoben beziehungsweise falsch beantwortet wurden.

Die entscheidende Feststellung ist, daß ich schon im Jahre 1976 an Hand meiner persönlichen Berechnungen darauf hinweisen konnte, daß die angegebenen Beträge nicht stimmen. Ich errechnete damals einen Quadratmeterpreis von über 9000 S. Von den Fördersatzten 1973 ausgehend, waren es maximal 8004 S einschließlich aller Erschwernisse.

Doch nun ist man eindeutig bei einem Preis von 11.700 S pro Quadratmeter. Dies gibt sogar der nunmehrige alleinige Geschäftsführer Direktor Busta, der auch Mitglied des Gemeinderates und ständiger Vorsitzender-Stellvertreter des Bürgermeisters im Aufsichtsrat der „Z“ ist, zu, denn er spricht am 24. Februar 1978 von vorläufigen Gesamtkosten in der Höhe von 1019 Millionen Schilling, das heißt bei 87.000 Quadratmetern 11.700 S pro Quadratmeter.

Sagen Sie mir ein einziges Wohnbauvorhaben in Wien, wo diese Fördersätze für Projekte, die 1973 begonnen und Ende 1976 fertig wurden, gewährt werden! Während kleine und mittlere Baufirmen am laufenden Band infolge des Preisdruckes — denn der Wohnbauförderungsbeirat hat seit drei Jahren die angemessenen Gesamtbaukosten nicht erhöht — in Ausgleich gehen oder Arbeiter entlassen müssen, scheint sich die Gesiba als Gemeindefirma in einer Monopolstellung bei diesem Großbauvorhaben die Dinge regeln zu wollen oder im Begriffe zu sein, sie zu regeln.

Heute verlangen wir restlose Aufklärung. Als langjähriger Vorsitzender-Stellvertreter der Gesiba und auch des Wohnparks Alt-Erlaa stelle ich klar fest, daß ich in einem Brief vom 23. August 1976 folgendes an Herrn Direktor Muchna geschrieben habe:

„Es ist nunmehr bereits ein Jahr her, daß ein detaillierter Bericht über den Wohnpark Alt-Erlaa und die finanziellen Perspektiven dieses Großbauvorhabens beschlossen worden ist. Seither sind in verschiedenen Zeitungen Berichte über dieses Großbauvorhaben erschienen. Diese Berichte waren durchwegs geeignet, die Dringlichkeit eines solchen Berichtes zu dokumentieren.

§ 1 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Gesiba sieht ausdrücklich vor: Um seiner Auf-

sichtsratspflicht zu genügen, muß der Aufsichtsrat vom Geschäftsführer die erforderlichen Berichte, insbesondere über beabsichtigte und abgeschlossene Geschäfte entgegennehmen und anfordern.

Wir alle würden uns daher einer groben Verletzung unserer Pflichten schuldig machen, wenn wir nicht eindringlich auf die Vorlage und ausführliche Diskussion des Berichtes der Consultatio, die mit dem gegenständlichen Bericht beauftragt worden ist, drängen. Sollte die Consultatio noch immer nicht zu einem endgültigen, vollständigen Bericht imstande sein, müßte jemand anderer damit beauftragt werden.

Ich ersuche Sie daher, sehr geehrter Herr Direktor, ebenso höflich wie eindringlich um die Einberufung einer Aufsichtsratssitzung sowohl der Gesiba wie auch der Aktiengesellschaft Wohnpark Alt-Erlaa, da beide von möglichen finanziellen Perspektiven dieses Großbauvorhabens in ihrer Geschäftstätigkeit erheblich beeinflusst wurden.“ Am Schluß erkläre ich, daß ich dieses Ersuchen namens aller ÖVP-Aufsichtsräte gestellt habe.

Meine Damen und Herren! Es ist ausgeschlossen, daß die Gesiba — und auch das muß gesagt werden — als Prüforgan für alle gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen sich selbst jeweils den Baufortschritt bestätigt und danach auch die anerkannten Lohnkostenerhöhungen festsetzt. Wie wahr unser Satz ist: Das System muß geändert werden!

Wenn Herr Direktor Gemeinderat Busta beim Bauteil B von voraussichtlichen Gesamtbaukosten von 1122 Millionen spricht, so gibt er auch hier bereits eine Überschreitung von 258 Millionen zu, das heißt, das Gesamtprojekt ist von 1489 Millionen um 652 Millionen auf 2141 Millionen Schilling gestiegen, wohlgemerkt ohne die Kosten der Infrastruktur, die ja für ein Wohlergehen der Mieter als Grundvoraussetzung angekündigt war; ich könnte Ihnen hier alle diversen Journale des Wohnparks Alt-Erlaa vorlesen.

Gehen wir aber nur von den 652 Millionen Gesamtbaumehrkosten aus, so bedeutet dies, daß 65 Millionen die Mieter als 10 Prozent Eigenmittel für A und B aufbringen müssen, 292 Millionen Nachförderung — soweit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften — und 292 Millionen am Kapitalmarkt aufgenommen werden müssen.

Meine Damen und Herren! Wenn diese Nachförderungsrate gewährt wird, ist die Wohnbauförderung in Wien total kaputt.

Wir verlangen daher außer einer genauen Überprüfung durch den Rechnungshof, daß die vertretbare Nachförderung entweder zu Lasten des Gemeinwohnbaus geht oder aus zusätzlichen Budgetmitteln bedeckt wird. Auf keinen Fall dürfen die 12.000 Wohnungen gemeinnütziger Wohnbauträger, von denen heuer sowieso bestenfalls 4000 zum Zug kommen, weiterhin gekürzt werden. (Beifall bei der ÖVP.) Daher verlangt die ÖVP, daß die Holding ein genaues Sanierungskonzept aufstellt, denn die Geschäftsführung der Gesiba kann nicht mehr unser Vertrauen genießen. Es wurden nicht nur die Aufsichtsratsmitglieder der Gesiba und des Wohnparks Alt-Erlaa hinters Licht geführt, sondern auch die Mitglieder des Wohnbauförderungsbeirats.

Leider haben sich in den letzten fünf Jahren unter Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Pleiten verschärft. Ich habe kurz, es war wegen der fünf Minuten Redezeitbeschränkung nicht anders möglich, den Bauring hier erwähnt. Als am 22. Juli 1973 unser Stadt-

rat Dr. Goller erstmals die Bauring-Pleite und den Skandal im Gemeinderat beim Rechnungsabschluß aufzeigte, haben Sie, Herr Bürgermeister, soeben gewählt, von einem Wahlkampfmanöver der ÖVP gesprochen. (*Landeshauptmann Gratz: Das stimmt heute noch immer!*) Leider wurden alle unsere damaligen Befürchtungen übertroffen.

Heute noch laufen viele Prozesse. Auch die Martinuzzi-Affäre ist noch nicht abgeschlossen. Sie von der SPÖ haben nun auch noch den Dr. Muchna am Hals. Bereinigen Sie diese Affäre rasch. Entsprechen Sie unseren Forderungen!

Planung versagt! Verwaltung hinkt! Geld wird mißbraucht! — das hat die ÖVP 1973 erklärt. Leider hat sich unter Ihnen, Herr Bürgermeister Gratz, nichts geändert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Maria **Hlawka**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg. Dr. Hirnschall gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. **Hirnschall**: Frau Präsident! Hohes Haus! Als vor einigen Wochen der Gesiba-Direktor Dr. Anton Muchna mit 51 Jahren in die Frühpension geschickt worden ist, allerdings mit anderen Konditionen als nach dem ASVG, hat es mehrere Deutungen dieser überraschenden Maßnahme gegeben.

Die einen haben gesagt, daß Muchna von seinen Feinden im Wiener Rathaus gestürzt worden ist, weil er zu gut und zu billig gebaut hat. Die anderen haben vermutet, daß es ganz einfach im Gebälk knistert und man mit bösen Überraschungen in der nächsten Zeit rechnen muß.

Ich glaube, daß nun allmählich feststeht, daß die erste Variante dieser Deutung der Versuch einer Legendenbildung war, über die man nicht mehr viele Worte verlieren muß.

Wir Freiheitlichen sind dem Mammutprojekt Alt-Erlaa von vornherein sehr skeptisch gegenübergestanden. Ich habe gestern das Protokoll der maßgebenden Gemeinderatssitzung vom 30. März 1973 noch einmal nachgelesen, in der die Voraussetzungen hinsichtlich der Flächenwidmung und der Bebauungsvorschriften beschlossen worden sind. Ich habe damals den Standpunkt meiner Fraktion zu dieser Verbauung vertreten und habe bezweifelt, ob 27geschossige Hochhäuser mit jeweils 1000 Wohnungen wirklich die ideale Wohnform sind, nach der sich die Wiener sehnen. Auch der Fachbeirat für Stadtplanung hat damals schwere Bedenken erhoben und die geplanten Baukörper als unorganisch, als brutal und beziehungslos zur Landschaft bezeichnet.

Alle diese Bedenken haben damals die euphorische Stimmung, die geherrscht hat, nicht aufheben können. Man hat dagegen nichts ausrichten können, man war begeistert von einer Skyline à la Manhattan, die im Süden Wiens entstehen wird, wie es damals in dem begleitenden Artikel des Presse- und Informationsdienstes geheißen hat.

Heute muß man — vor allem nach der Rede von Präsident Hahn — doch feststellen, daß bei der damaligen Abstimmung über das Konzept Alt-Erlaa nicht nur die SPÖ, sondern wohl auch die ÖVP diesem Projekt zugestimmt hat. Heute hat die ÖVP zur Wohnform von Hochhäusern offensichtlich eine andere Einstellung gefunden. Aber da Sie heute so gegen die Gigantomanie im Süden Wiens gewettert haben, muß ich doch anmerken, daß die ÖVP bei dieser entscheiden-

den Abstimmung damals zu dem Konzept Alt-Erlaa mit den 27geschossigen Hochhäusern ja gesagt hat.

Wir haben mit unseren prinzipiellen Bedenken leider recht behalten. Auch über die Frage, welche Wohnform der Wiener tatsächlich bevorzugt, müßte die Gesiba heute eigentlich am besten in ganz Wien Bescheid wissen. Für die 196 Einfamilienhäuser in der Carabelligasse gibt es ohne jede weitere Werbung mehr als 2000 Ansuchen. Demgegenüber geht der Verkauf der Wohnungen im Bauteil B von Alt-Erlaa — das wissen wir alle — in den letzten Jahren doch recht schleppend vor sich. Der schleppende Verkauf der Wohnungen ist mit ein Grund für die derzeitigen Schwierigkeiten, vor denen wir stehen.

Diese Schwierigkeiten werden unserer Auffassung nach sicher noch größer werden, wenn zu den Zeitungsberichten der letzten Tage nicht umgehend und nicht eingehend Stellung genommen wird. Die Mieter im Teil A und die Interessenten für den Teil B interessiert nicht nur, wie die finanzielle Belastung im einzelnen aussehen wird, sondern auch, was mit der versprochenen Infrastruktur im Wohnpark Alt-Erlaa endlich geschehen wird. Denn diese Infrastruktur — das Geschäftszentrum, das in Aussicht gestellt wurde, die Sport- und Spielplätze sowie die Parkanlagen und Bäder — war ja der wesentliche Trumpf in der jahrelangen Werbung für diesen Wohnpark.

Meine Damen und Herren! Auch wir haben uns über diese konkrete Frage in den letzten Tagen sehr den Kopf zerbrochen, und auch wir haben uns heute vorgenommen, eine Klärung der Fragen, die die Menschen in diesen Tagen bewegen, zu erreichen. Nur, glaube ich, haben wir unsere dringliche Anfrage zielführender für den Gemeinderat vorbehalten, weil es ja nicht nur um die Wohnbauförderung geht — das wird sicherlich bezüglich eines Teiles des entstandenen Fehlbetrages interessant sein —, sondern vor allem um die umfassende Klärung der gesamten finanziellen Situation und wie man sich die Sanierung im einzelnen vorstellt.

Zu diesem Thema wird meine Fraktion in der nachfolgenden Gemeinderatssitzung einige Detailfragen zu stellen haben.

Präsident Maria **Hlawka**: Als nächster Redner hat sich der Herr Abg. Pöder gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Pöder**: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Wieder einmal ist ganz deutlich sichtbar geworden: Die Österreichische Volkspartei bleibt bei der eingeschlagenen Linie der Skandalisierungskampagne gegen die Mehrheit dieses Hauses. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Wir sehen dem eher ruhig und gelassen entgegen, weil die Dinge, die Herr Hahn vorgetragen hat, sicherlich klargestellt und aufgeklärt werden können. Ich möchte aber doch ein paar Worte zum Beitrag des Herrn Abg. Hahn sagen.

Es bleibt dabei, daß die Österreichische Volkspartei die Kampagne zur Verdächtigung und Diskriminierung der Rathausmehrheit fortsetzt. (*Heftiger Widerspruch bei der ÖVP.*) Gerade die Diskussion um den Wohnpark Alt-Erlaa nimmt sie zum Anlaß, um den Wienern wieder einmal einzureden, daß ein gemeinnütziger Betrieb nicht ordentlich geführt wird, daß hier nicht ordentlich gewirtschaftet wird, daß nicht geplant wird, und unterschwellig kommt auch zum Ausdruck, daß es hier auch einige Unregelmäßigkeiten geben soll.

Die Absicht ist offensichtlich: Man will den Wienerinnen und Wienern wieder einmal einreden, daß die Sozialisten in diesem Haus nicht ordentlich wirtschaften, und — was noch viel bedenklicher stimmt — es soll auch der Gesiba Schaden zugefügt werden. Die Verunsicherung der Mieter und das Mißtrauen, das in die Wohnungswerber gepflanzt werden soll, soll auch dem Betrieb selber Schaden zufügen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das paßt sehr wohl in Ihre politische Linie. Ich erinnere daran, daß die Österreichische Volkspartei in ihrem Kommunalprogramm deutlich aussagt, daß die Privatisierung von gemeinnützigen Einrichtungen auf ihre Fahnen geschrieben ist. Das deckt sich sehr mit Ihrer Linie: zuerst diskriminieren und hernach das Schlagwort von der Privatisierung einsetzen. Das betreiben Sie mit viel Systematik, mit sehr wenig Skrupel. Sie bedienen sich aller Mittel, um die Mehrheit dieses Hauses zu diskriminieren.

Letzten Endes soll Ihre Diskussion auch die Tätigkeit der Politiker in den Augen der Bevölkerung herabsetzen. Welch gefährliches Spiel das ist, kann heute noch nicht abgesehen werden. Ich weiß nicht, ob wir nicht alle gemeinsam später einmal die Zeche dafür zahlen müssen, daß eine politische Partei in diesem Land darangeht, demokratische Einrichtungen, gewählte Vertreter, Politiker, aber auch berufsmäßige Organe dieser Stadt in den Augen der Bevölkerung systematisch herabzusetzen. Das ist ein gefährlicher Weg, den Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, einschlagen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aber Sie befinden sich in bester Gesellschaft, denn die sogenannte unabhängige Presse macht es Ihnen ja nach beziehungsweise sie versucht, Sie noch zu übertrumpfen. Da kommt es dann zu Aussagen wie „Die ehrenwerte Gesellschaft der Rathauskamarilla“, so zu lesen am 8. Februar im „Kurier“, und in der gleichen Zeitung die Überschrift „Archipel Wien“, und Herr Bina schreibt: „In dieser Stadt ist alles korrupt. Wie mir ein Funktionär des Baugewerbes erzählt, wird überall dort, wo Großbaustellen vergeben werden, geschmiert, und wer kontrolliert, der nimmt.“ *(Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.)*

Das liegt alles auf der von Ihnen eingeschlagenen Linie, nämlich die Bevölkerung dieser Stadt systematisch mit Ihrer Meinung sozusagen zu vergiften, diese Stadt krankzubeten. Sie versuchen, immer mehr Differenzen zwischen der Bevölkerung und den gewählten Organen dieser Stadt zu schaffen. Ich sage es Ihnen noch einmal: Es ist ein gefährlicher Weg, den Sie einschlagen. Wir werden dafür vielleicht einmal — ich hoffe, es nicht zu erleben — die Zeche bezahlen müssen.

Nun noch ein paar sachliche Feststellungen. Herr Hahn tritt heute als der große Mahner und Anschuldiger auf. Ich stelle hier fest, Herr Hahn, daß Sie bis zum Beschluß des Wiener Gemeinderates im vergangenen Jahr Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter in der Gesiba waren. *(Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.)* Es gab während der ganzen Zeit Ihrer Tätigkeit keinen einzigen Mehrheitsbeschluß in diesem Aufsichtsrat, ebenso keine Kampf-abstimmungen. Es wurden also einstimmige Beschlüsse gefaßt. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich stelle fest, Herr Hahn, daß Sie alle Protokolle ohne Einwendungen unterzeichnet haben und daß Sie erst

jetzt, wo es Ihnen politisch opportun erscheint, anscheinend klüger geworden sind und nun als großer Ankläger auftreten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Hahn, ich möchte hier nicht die Frage der politischen Moral ins Gespräch bringen, weil es mir zu gefährlich erscheint, hier davon zu reden. Aber ich sage Ihnen offen und ehrlich: Sehr viel ist von Ihrer Einstellung nicht zu halten, und wir werden die Bevölkerung über Ihre Geisteshaltung zu dieser Stadt und zu jenen Organen, in denen Sie mitwirken, aufklären. Das nehmen Sie zur Kenntnis! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auf die Sache selbst werden noch andere eingehen. *(Dr. Neusser: Das Sachliche wollten wir hören!)* Herr Abg. Hahn hat sich zu der nichtsachlichen Aussage „Herr Bürgermeister, es hat sich unter Ihrer Bürgermeisterschaft nichts geändert!“ verstiegen. Darf ich dazu sagen, daß die Wiener Bevölkerung darüber gewiß anders urteilt. Es hat sich sehr wohl etwas geändert! Ich denke zum Beispiel daran, daß am Samstag 150.000 Wienerinnen und Wiener an der Eröffnung der U-Bahn teilgenommen haben. Diese Eröffnung hat sich als ein wahres Volksfest erwiesen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich stelle weiter fest, daß viele Großbauvorhaben fertig werden, so der totale Hochwasserschutz, die Südost-Tangente, das Projekt Innere Stadt und vieles andere mehr.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie werden mit Ihrer kleinlichen und politisch durchsichtigen Art nichts daran ändern, daß Sie zwar nörgeln, daß Sie zwar ununterbrochen Skandale provozieren und vermeintliche Skandale aufdecken, während wir arbeiten und den Wienerinnen und Wienern ein Bauwerk nach dem anderen übergeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fahren Sie in dieser Art ruhig fort. Die Wienerinnen und Wiener wissen ganz genau, wie sie diese Dinge honorieren. Ich kann mir nur wünschen, daß Ihnen am 8. Oktober des heurigen Jahres jene Rechnung präsentiert wird, die Ihnen für Ihre Tätigkeit gebührt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Maria Hlawka: Als nächster Redner ist Herr Abg. Dkfm. Ammann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dkfm. Ammann: Frau Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte zunächst Herrn Abg. Pöder mitteilen, daß wir über überraschend bekannt gewordene überdimensionale Kostensteigerungen beim Wohnpark Alt-Erlaa reden und hier zurzeit keine Wahlplattform ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben ja selbst gesagt, die sachliche Aufklärung erfolgt von anderer Seite. Das heißt für mich, Sie waren nicht in der Lage, die Angelegenheit aufzuklären, das heißt weiter, die SPÖ wird schon wissen, warum sie Sie ans Rednerpult schickt. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Sie sprachen von der U-Bahn-Eröffnung. Die U-Bahn, die Sie jetzt so loben, haben die Wiener Steuerzahler und nicht Sie bezahlt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das war eine echte Freudsche Fehlleistung, daß Sie in Ihrer Argumentation in diese Niederungen hinabgestiegen sind. Da muß man ja an U-Bahn-Tunnelröhren denken.

Herr Abg. Pöder! Sie sagen, wir skandalisieren. Aber Tatsache ist, Sie produzieren ununterbrochen Misthaufen, und wenn wir dann sagen, daß es stinkt,

dann sollen wir daran schuld sein. Sie verwechseln Ursache und Wirkung! (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Abg. Pöder, ich habe nun an Sie in Ihrer Eigenschaft als Chef der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten eine Frage. Sind Sie damit einverstanden, daß man einen Menschen offiziell krankheitshalber — in Briefen aber eindeutig beweisbar, daß das nicht stimmt — mit 51 Jahren und über 50.000 Schilling Pension sowie 24 Monate Abfertigung in Pension schickt? Heißen Sie das gut? Ich frage Sie weiter, ob Sie die letzte Ausgabe der Zeitschrift „Stern“ gelesen haben, in der die Spitzengehälter einiger Bediensteter zu lesen waren. Können Sie das mit Ihrem gewerkschaftlichen Gewissen angesichts der Durchschnittsgehälter der Gemeindebediensteten vereinen? Darauf haben Sie keine Antwort gegeben! (Beifall bei der ÖVP.)

Noch ein Wort zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Bürgermeisters Gratz, die mich auch sehr schockiert hat. Herr Abg. Hahn hat gesagt, Bürgermeister Gratz hätte unsere Aufdeckung des Bauringskandals als Wahlkampfthema hingestellt, und der Herr Bürgermeister hat darauf ganz deutlich geantwortet, diese Meinung hätte er heute noch. Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann sagen, daß ich das als Verhöhnung der Wiener Steuerzahler ansehe, denn 1,4 Milliarden Schilling, von den Wiener Steuerzahlern auf den Tisch zu legen, sind für mich kein Wahlkampfthema, sondern traurige Realität in dieser Stadt! (Beifall bei der ÖVP.)

Nun, meine Damen und Herren, zu Alt-Erlaa. Hier ist wieder eine beängstigende Automatik sozialistischer Kommunalpolitik zu Tage getreten. (Landeshauptmann Gratz: Die Anti-Wien-Automatik der ÖVP!) Das heißt, wenn die Steuerzahler wegen eines schlecht geführten Baurings 1,4 Milliarden Schilling zahlen müssen, nennen Sie das eine Pro-Wien-Politik? Bei dieser Pro-Wien-Politik, Herr Bürgermeister, bin ich stolz, daß ich nicht darauf eingehe! (Beifall bei der ÖVP.)

Vertreten Sie es jetzt als Pro-Wien-Politik, die Mieter von Alt-Erlaa in Unsicherheit zu lassen, wie diese 600 Millionen Schilling aufgebracht werden sollen? (Abg. Busta: Ihr habt sie doch in Unsicherheit gebracht! — Landeshauptmann Gratz: Das ist die Schwäche der Wiener ÖVP!)

Es geht auch bei Alt-Erlaa wieder einmal um die Sucht, eigene Denkmäler zu schaffen. Da wird groß angekündigt und viel versprochen (Amtsf. Stadtrat Mayr: Ihr habt ja zugestimmt!), aber keine Frage nach den Prioritäten. Und dann kommt auf einmal die Phase der Ruhe. — Ich komme auch darauf noch zurück. Dann kommen Gerüchte und wilde Dementis. Ich möchte nur auf die Veröffentlichungen des Geschäftsführers Dr. Muchna gegen die „Wochenpresse“-Beschuldigungen und gegen „profil“-Mitteilungen, die sich dann im nachhinein als richtig herausgestellt haben, hinweisen. Das ist dann diese sogenannte Pro-Wien-Politik des Herrn Bürgermeisters, alles zu versuchen, um das unter den Teppich zu kehren. (Landeshauptmann Gratz: Seit Sie den Slogan erfunden haben, verwende ich ihn nicht mehr, Sie haben das Pro Wien abgewertet!) Ein großer Erfolg der ÖVP: Der Herr Bürgermeister reagiert nur mehr auf uns! Das ist schon gut so! (Beifall bei der ÖVP.)

Nun komme ich auf das eigentliche. (Amtsf. Stadtrat Nekula: Höchste Zeit!) Herr Stadtrat Nekula, vor einem Monat waren Sie etwas stiller! Wenn es nicht

um Stadtbahn und Gasrohre geht, sind Sie lebendig, heute sitzen Sie in der ersten Bank! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte jetzt die Situation, wie sie sich heute darstellt, rekonstruieren, und zwar aus meiner Sicht als seinerzeitiger Aufsichtsrat der Gesiba ab etwa 1973 bis zu der Erkenntnis des Herrn Bürgermeisters, daß Geschäftsführer in gemeindeeigenen Betrieben nicht überlastet sind, wenn sie nebenbei oder hauptberuflich Landtagsabgeordnete oder Gemeinderäte sind, sondern nur die Aufsichtsräte; was herauskommt, hat man ja gesehen.

Bei jeder Aufsichtsratssitzung der Gesiba wurde ein eigener Tagesordnungspunkt gebracht, bei dem über den tollen Baufortschritt bei Alt-Erlaa und über die Jubelmeldungen, daß wieder Wohnungen verkauft wurden, berichtet wurde. Etwa 1974 wurden dann von meiner Fraktion die ersten skeptischen Fragen gestellt, weil wir uns nicht vorstellen konnten, daß das alles so glatt geht. Damals wurde auf den Consultatio-Bericht verwiesen und versucht, die Probleme vor sich herzuschieben. Es kam dann der Consultatio-Bericht, eine Beschreibung mit Zahlenkolonnen und eine historische Schilderung, wobei aber auch die Geschäftsführung zugeben muß, daß im Consultatio-Bericht bereits der erste Anflug von Skepsis und unbefriedigender Situation angedeutet wurde.

Die gezielten Anfragen von uns im Aufsichtsrat — hier kann ich dem Herrn Abg. Pöder nur zugute halten, daß er nicht im Aufsichtsrat war, sonst hätte er diese Bemerkungen vor einer Viertelstunde nicht gemacht — wurden immer hartnäckiger und nachdrücklicher: Was ist mit dem Betreuungsvertrag zwischen Gesiba und Alt-Erlaa? Wir wollten die Vorlage eines mittelfristigen Planungskonzeptes, wir haben gefragt, ob Alt-Erlaa ein eigenes Rechnungswesen hat, losgelöst von der Gesiba, wir haben gefragt, wie die Baukosten sind, wir haben gefragt, wie es mit der Umsatzsteuerverrechnung und der Grunderwerbsteuer steht.

Darauf wurde — das betone ich, Herr Abg. Pöder — der Aufsichtsrat mit unwahren Behauptungen abgespeist. Wir haben bis zum Schluß erfahren, daß die Baukosten 9000 Schilling je Quadratmeter betragen würden. Herr Abg. Direktor Busta, Sie wissen, wie hoch sie heute sind! Es wurde uns damals erklärt, daß Alt-Erlaa ein eigenes Rechnungswesen hätte; 1975 und 1976 wurde uns das erklärt. Wir wissen jetzt erst, daß Alt-Erlaa damals, als dem Aufsichtsrat von der Geschäftsführung diese Antwort gegeben wurde, kein eigenes Rechnungswesen hatte. Vielleicht hat es auch heute noch keines, ich weiß es nicht. Meine Damen und Herren, Sie wissen doch, was das Fehlen eines Rechnungswesens ausmacht: daß ich nicht rechtzeitig daraufkomme, wenn etwas schiefgeht. Hier wurde der Aufsichtsrat aber — das ist protokollarisch nachzuweisen — eindeutig falsch, und zwar wissentlich falsch informiert. Hier kann man nicht sagen, die ÖVP sei da mitgegangen. Meine Damen und Herren, was soll ein Aufsichtsrat, der auf präzise Fragen von den Geschäftsführern eine präzise — allerdings falsche — Antwort bekommen hat, noch tun? (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Herr Ex-Bauring-Präsident Suttner! Wenn der sozialistische Vorsitzende des Aufsichtsrates und wenn der Stellvertreter Hintschig es zuläßt, daß Aufsichtsräte fragen und die Aufsichtsräte wissentlich falsch informiert werden, ringt Ihnen das ein Lachen ab?

(Beifall bei der ÖVP. — Landeshauptmann Gratz: Da kann man nicht einmal mehr lachen! — Abg. Hahn: Das ist auch nicht zum Lachen, Herr Bürgermeister!)

Die sozialistische Mehrheit im Aufsichtsrat hat die falsche Antwort meiner Meinung nach — oder sind Sie auch belogen worden, ich weiß es nicht — gedeckt. Im Gegenteil, wenn von den ÖVP-Aufsichtsräten dann gezielter gefragt wurde, wurde lässig auf die Uhr geschaut: Was ist denn schon wieder los, die ÖVP zerredet die Sitzungen und stellt unangenehme Fragen.

Und dann passiert es. Der Betreuungsvertrag, der von uns ununterbrochen urgiert wurde, hat das Datum 30. Juli 1973. Es wurde aber erst am 15. Dezember 1975 nach zahllosen Urgezen meiner Fraktion vom damaligen Aufsichtsratspräsidenten Ingenieur Hofmann in einem Nebensatz mitgeteilt, das wäre dem Aufsichtsrat ohnehin schon bekanntgegeben worden. Ich habe sämtliche Aufsichtsratsprotokolle durchgelesen: Das stimmt nicht.

Das heißt, man ahnte damals, was bei Alt-Erlaa herauskommen wird, und man versuchte wie bei anderen Sachen — dadurch wird ja die Katastrophe so groß — zu verschweigen und die Gerüchte und Zeitungsmeldungen mit Aggressivität zum Verstummen zu bringen. Daß das nicht geht, ist ein wirtschaftliches Grundgesetz. Wenn Sie nicht einmal ein eigenes Rechnungssystem für Alt-Erlaa haben, dann kann es passieren, daß Sie die Kosten nicht mehr im Griff haben, dann kann es passieren, daß Nachzahlungen und Defizite herauskommen, die gigantisch sind.

Und dann, wenn etwas passiert, wird, wie man hier ganz deutlich sieht, momentan ein Schuldiger gesucht. In diesem Fall war es der Herr Direktor Dr. Muchna, der offiziell — das wurde am 8. Februar auch offiziell in der Beteiligungskommission mitgeteilt — krankheitshalber in Pension geschickt wurde, bezüglich deren Höhe mit Zustimmung der Personalvertreter, was mich sehr wundert.

Dann bekomme ich am 14. Februar einen Brief des ach so kranken Dr. Muchna, in dem er mir sehr lebendig mitteilt, warum er gegangen ist. (Abg. Pöder: Wie kann man aus einem Brief sehen, ob einer wirklich krank ist?) Aus dem Stil! Wenn der angeblich krankheitshalber in Pension geschickte Dr. Muchna mitteilt, daß die bestehenden Meinungsdivergenzen zu seinem Rücktritt geführt haben, dann kann ich daraus schließen, daß er nicht krankheitshalber in Pension geschickt wurde.

Aber man lernt nichts daraus. Es liegt im Geist dieses Hauses — auch der kleine Zwischenruf des Herrn Bürgermeisters hat mir das bewiesen —, daß man keinen Respekt vor öffentlichen Geldern hat, keinen Respekt vor den Sorgen der Mieter, die nicht wissen, was los ist, und vor allem keinen Respekt vor dem Aufsichtsrat. Herr Präsident Hahn hat auch mitgeteilt, daß er bereits 1976 der Geschäftsführung mit der Bitte um Aufklärung geschrieben hat. Bis heute noch keine Antwort. Nennt man das den Respekt vor den gewählten Kontrollorganen?

Sie haben weiter auch ein gestörtes Verhältnis zu Geld, Buchhaltung und Rechnungswesen. Ich betone noch einmal: Der Aufsichtsrat ist im Hinblick auf das Rechnungswesen Alt-Erlaa belogen worden. Hier hat Dr. Muchna die Unwahrheit gesprochen.

Ich glaube also, daß es trotz Consultatio, trotz Kontrollamt — Kontrollamt braucht man an und für

sich nicht zu sagen — und auch trotz Verband gemeinnütziger Wohnungsunternehmungen nicht gelungen ist, diese Sache rechtzeitig in den Griff zu bekommen. Dann wäre es nicht notwendig gewesen, daß wir, wie Sie behaupten, die ganze Sache skandalisieren, sondern dann wäre eine ordnungsgemäße, wirtschaftlich faire Lösung zustande gekommen.

Da Sie aber anscheinend ein derart gestörtes Verhältnis zu Geld und vor allem zu öffentlichen Mitteln haben, haben Sie versucht, auszukommen, auf irgendein Wunder zu warten. Herr Direktor Busta, Sie wissen ganz genau: In der doppelten Buchhaltung gibt es keine Wunder. Wenn die Aufwendungsseite zu hoch ist, dann kann ich eben nichts mehr machen, dann muß ich den Saldo auf der Ertragsseite in Form eines Defizits oder eines Ausgabenüberhanges, wie es der Herr Finanzminister Androsch so schön sagt, machen. Das ist ein Grundgesetz. Darüber kann man sich auch nicht mit marxistischer Ideologie hinwegsetzen und hoffen, es geht einmal gut.

Wir verlangen daher, meine Damen und Herren, eine sofortige Überprüfung, und zwar auch eine Offenlegung, warum der Aufsichtsrat so lange von dieser Situation nicht informiert wurde. (Abg. Busta: Von welcher Situation?) Daß zum Beispiel Alt-Erlaa kein Rechnungswesen hat. (Abg. Busta macht eine abwehrende Handbewegung. — Abg. Hahn: Hat es gestimmt oder nicht, Herr Direktor Busta?) Ich nehme an, Herr Direktor Busta, die Geste bedeutet, Sie schämen sich. (Abg. Busta: Nein! Über das, was Sie sagen, schäme ich mich!) Wir verlangen, daß endlich einmal überprüft wird, ob die Nachförderung gesetzlich ist.

Wie hoch ist die Mehrbelastung der Mieter? Wie hoch ist die Mehrbelastung der Steuerzahler?

Und wie schaut es überhaupt aus im Wohnbauförderungsbeirat? Sie finanzieren ja alle anderen angesuchten genossenschaftlichen Wohnungen weg.

Wir verlangen schließlich auch ein Sanierungskonzept, meine Damen und Herren.

Bei Alt-Erlaa sieht man wieder, daß der Kreislauf total geschlossen ist: Gigantische Ankündigung. Was haben Sie alles versprochen in bezug auf Infrastruktur! In den Prospekten steht noch immer die U 6 als Verbindung zu Alt-Erlaa. Jetzt haben dort die Mieter in der Höhe des ersten Stockes eine Straßenbahnverbindung! (Amtsf. Stadtrat Nekula: Na, schlecht ist das?) Gegenüber der U 6? Herr Stadtrat Nekula, dann kündigen Sie nicht die U 6 dort an, dann verwenden Sie sie nicht als eines der Argumente, daß man dort einziehen soll!

Es folgt eine ungenügende Planung, und dann auf einmal, wenn es herauskommt, kommen wilde Demontis, wobei man auch nicht zurückschreckt, Journalisten zu beschimpfen, wie es der Herr Abg. Pöder mit einem Flugblatt gemacht hat. Es ist an sich einfach, dann zu schreien: Wir sind die Mehreren, es darf nicht sein, was nicht sein soll!

Schließlich kommt nach einem kleinlauten Erwachen die Notwendigkeit der Sanierung durch die Steuerzahler. Meine Damen und Herren! Ein weiteres Beispiel einer echt verunglückten sozialistischen Kommunalpolitik! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Maria Hlawka: Als nächster Redner hat sich Herr Stadtrat Heller gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen. (Abg. Mayrhofer: Herr Abg. Ingenieur Hofmann hat sich noch zu Wort gemeldet!) Bei mir nicht! Bei mir ist Herr Stadtrat Heller gemeldet.

Wer ist noch gemeldet? (Stadtrat Dr. Busek: Das wissen wir nicht! Vielleicht suchen wir es uns aus!)

Ich bitte zuerst also Herrn Abg. Ing. Hofmann, das Wort zu nehmen. Ich bitte um Entschuldigung, mir ist die Änderung nicht mitgeteilt worden. (Abg. Hahn: Macht euch das intern aus!)

Abg. Ing. Hofmann: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, daß meine Wortmeldung nicht rechtzeitig bei der Frau Vorsitzenden eingelangt ist.

Ich habe mich nicht gemeldet, weil ich als Vertreter des Klubs der Mehrheit hier glaube, einiges sagen zu müssen, sondern ich habe mich gemeldet, weil ich zweieinhalb Jahre lang Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens war, das dieses Bauwerk begonnen hat. Ich fühle mich verpflichtet, einige Richtigstellungen vorzunehmen. Ich hoffe, daß es mir gelingt, das in sachlichem Ton zu tun. Ich möchte wirklich nicht in die Niederungen hinabsteigen, die zwei meiner Vorredner hier so glänzend unter Beweis gestellt haben. (Abg. Zörner: Sagen Sie es dem Kollegen Pöder! — Stadtrat Lehner: Wer war der zweite außer dem Kollegen Pöder?) Ich werde darauf noch zurückkommen. Ich weiß gar nicht, ob es Ihnen so angenehm ist, einige sachliche Richtigstellungen von mir zu hören, die ich hoffe, mit gedämpfter Stimme sagen zu können, denn ich glaube, die Wahrheit der Argumente wird nicht nach Phon gemessen, und daher möchte ich in einer normalen Lautstärke sprechen.

Ich bin der Meinung, daß man auch an Nebenfronten die Frage der Gehälter höherer Beamter hier nicht anziehen sollte, wenn man genau weiß, daß der Herr Parteivorsitzende Dr. Taus sich erst vor kurzem gerühmt hat, daß er jetzt als Vorsitzender nur mehr die Hälfte von dem verdient, was er vorher gehabt hat. (Abg. Hahn: Da hat er auch etwas gearbeitet!) Es dürfte also Gehälter geben in Österreich, die in diese Höhen und noch darüber gehen, sonst hätte Herr Dr. Taus nicht betont, daß er jetzt nur mehr die Hälfte von dem verdient, was er früher gehabt hat. (Abg. Dkfm. Dr. Ebert: Was hat das damit zu tun?) Der Einwand ist richtig: Was hat das damit zu tun? Ich möchte damit nur begründen, daß von Ihrer Seite Argumente in einer Richtung gebracht wurden, die wirklich nichts damit zu tun hat.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident Hahn hat in einem Aufwaschen einige der Wohnhausbauten der Stadt Wien hier kritisiert. — Wenn die von der Stadt nicht gebaut worden wären, dann hätten 20.000 Wiener weiter das Los, in Substandardwohnungen zu wohnen. (Abg. Dkfm. Dr. Ebert: Das stimmt nicht!) Das sollte man, glaube ich, bei der Gelegenheit richtigstellen.

Ich möchte Sie ersuchen, meine Stellungnahme genau nach einem Datum zu orientieren. Ich bin im April 1974 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesiba geworden. Ich habe vorher als der für die Stadtplanung zuständige Stadtrat die Aufgabe gehabt, damals, was den Wohnpark Alt-Erlaa betrifft, durchaus in Konfrontation mit den Vorsitzenden des Aufsichtsrates — ich meine hier den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pfoch, den Herrn Präsidenten Hahn und den Herrn Landtagsabgeordneten Hintschig — diese Flächenwidmung durchzuführen. Ich halte es noch immer für ein großes Verdienst, daß es den drei Vorsitzenden nicht gelungen ist — den Herrn Präsidenten Hahn mit eingeschlossen, denn der hat auch bei

mir interveniert —, zu erreichen, daß diese Wohntürme 100 Meter hoch sind, sondern nur 72 Meter. Herr Präsident Hahn, Sie haben bei mir interveniert, die volle Höhe des Projektes zu genehmigen, nicht die herabgezonte! (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich möchte also sagen, daß man das zur Steuerung der Wahrheit hier mitteilen muß, ebenso daß diese Flächenwidmung einstimmig in dem Aufsichtsrat, dem ich damals nicht angehört habe, gutgeheißen wurde. Es wurde ja auch schon heute in dieser Sitzung gesagt, daß die ÖVP genauso wie die SPÖ damals dieser Flächenwidmung zugestimmt hat.

Meine Damen und Herren! Nun zur Vorgangsweise der Führung der Aufsichtsratssitzungen, soweit sie in die Periode fallen, die ich zu verantworten habe. Herr Abg. Dkfm. Ammann, aber auch Herr Präsident Hahn haben ein paarmal den Anschein erweckt, als wäre dort ihre Meinung nicht richtig zur Geltung gekommen.

Ich frage Sie: Wollen Sie wirklich abstreiten, wenn in einer Frage in einer Sitzung wegen Zeitmangels nicht die volle Information gegeben werden konnte, daß das Problem zurückgestellt wurde auf die nächste Sitzung (Abg. Hahn: Jawohl, das streiten wir ab!), damit Sie sich zwischenzeitlich bei den Geschäftsführern die Information holen? Ich glaube, soweit kann Ihre Demagogie nicht gehen, daß Sie sich getrauen, das hier abzustreiten! (Abg. Hahn: Das streiten wir ab!)

Sie haben also die Möglichkeit gehabt, entweder bei der Sitzung selbst oder bis zur nächsten Sitzung die volle Information einzuholen. (Abg. Dkfm. Ammann: Die Information war unrichtig! Ich habe nie gesagt, daß sie nicht gegeben wurde, sondern daß sie unrichtig gegeben wurde!) Ich komme auch auf die Unrichtigkeit noch zurück.

Wir haben alle Probleme, die bei einer Sitzung nicht auszuräumen waren, auf die nächste verschoben, damit Sie diese Möglichkeit haben.

Eine Behauptung, daß Geschäftsführer falsche Informationen geben, getraue ich mir hier nicht aufzustellen. Ich weiß nicht, ob Sie sich bewußt sind, daß Sie über zwei Geschäftsführer und, was den Wohnpark Alt-Erlaa betrifft, in einer Zeitspanne über drei Geschäftsführer reden. Es ist möglich, daß der Wissensstand dieser Geschäftsführer in der einen oder anderen Frage nicht vollständig war. Aber daß Sie hier behaupten, daß Sie bewußt falsch informiert wurden, ist eine Unterstellung, die ich zum Schutze dieser drei Personen zurückweisen muß. (Beifall bei der SPÖ.) Sie wissen ganz genau, daß die Aussagen der Geschäftsführer, aller drei Geschäftsführer, gleichwertig sind, und daher können Sie sich nicht einen aussuchen, der jetzt aus anderen Gründen in Pension gegangen ist. (Abg. Dkfm. Ammann: Ach so, deshalb ist er in Pension geschickt worden!)

Man kann nicht genug warnen, die Öffentlichkeit, aber auch die Journalisten davor warnen, daß sie sogenannten Saubermännern auf den Leim gehen. Ich verstehe darunter Menschen, die nicht davor zurückschrecken, in die Öffentlichkeit Unruhe zu bringen, die sogar eigene Parteifreunde mit belasten, damit sie sich selber als sogenannte Saubermänner präsentieren können. Herr Präsident Hahn hat das schon in einem anderen Zusammenhang mit einem Gesiba-Bau gemacht (Abg. Hahn: Das wird in der Hadikgasse sein!) — auch das möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen —, nämlich bei einem Grundkauf, dem im Aufsichtsrat zuge-

stimmt wurde, als ich noch nicht Vorsitzender war. Daher kann ich darüber ruhig reden. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt (*Abg. Hahn: Das stimmt nicht!*), auch die anwesenden Vertreter der ÖVP haben diesem Beschluß zugestimmt. Nur war der Herr Präsident Hahn bei dieser Sitzung entschuldigt, und er hat es in der Öffentlichkeit so dargestellt, als müßte er als Saubermann aufscheinen, auch in Belastung seiner eigenen Parteifreunde, die diesem Grundkauf — noch einmal: vor meiner Zeit — im Aufsichtsrat die Zustimmung gegeben haben. Ich glaube, wenn in diesem Zusammenhang die Frage Notwendigkeit des Schämens auftaucht, dann ist diese Frage, wer sich zu schämen hat, eindeutig beantwortet. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich frage mich nur, ob die Stempel, die man jetzt sammeln muß, um bei der ÖVP wieder Kandidat zu werden, so wichtig sind, daß man sogar vor solchen Maßnahmen nicht zurückschreckt, nämlich unter die Mieter Unruhe zu bringen. (*Landeshauptmann Gratz: Für diese Reden gibt es heute einen Doppelstempel!*) Das ist durchaus möglich, Herr Landeshauptmann. Es wäre sicherlich eine Aktion „Pro Wien“, wenn man einen Stempel für eine dringliche Anfrage bekommt, die man nur im Klub der ÖVP stellt. Man würde dann niemanden verunsichern. Aber wahrscheinlich bekommt man dafür noch keinen Stempel, man muß das auch noch in den Landtag und in den Gemeinderat bringen.

Meine Damen und Herren! Wir sprechen von einem Verhandlungsgegenstand, von einer ungeheuerlichen Anschuldigung, von einer Verunsicherung, die einen Gemeindebetrieb betrifft, wo Sie, Herr Dkfm. Ammann, und Sie, Herr Präsident Hahn, und alle anderen Aufsichtsratsmitglieder einträchtig mitgearbeitet haben. Erst jetzt, wo Sie glauben, daß das für Ihr Stempel sammeln günstig ist, bringen Sie das aufs Tapet.

Wenn Sie bei Ihrer Rede — damit möchte ich schließen — Ihren Blick in eine gewisse Richtung erhoben haben, dann war das keine christliche Geste, sondern nur ein Nachschauen, ob der Regieführer in diesem Haus mit Ihrer Handlung zufrieden ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Maria Hlawka: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Suttner. Ich erteile es ihm.

Abg. Suttner: Frau Präsident! Hoher Landtag! Die heutige dringliche Anfrage der Österreichischen Volkspartei fügt sich fugenlos an andere Aktionen der letzten Zeit an und ist zweifellos in zweifacher Hinsicht für den Wiener Landtag, aber auch für den Wiener Gemeinderat und darüber hinaus für die gesamte Wiener Bevölkerung sehr lehrreich.

Erstens lehrreich im Hinblick darauf, wie die Österreichische Volkspartei mit parlamentarischen Einrichtungen umzugehen pflegt. Ich habe schon das letzte Mal beim Mißtrauensantrag, der im Wiener Gemeinderat eingebracht wurde, darauf hingewiesen, daß Verfassungsbestimmungen zweifellos nicht dazu angetan sind, um einen Theaterdonner ohne jeden Hintergrund zu inszenieren, daß Verfassungsbestimmungen aber auch nicht dazu angetan sind, um sich innerparteilich die Position zu schaffen, die man vielleicht für die nächsten Wahlen braucht.

Das gilt ebenso dann, wenn im Schutze der Immunität Behauptungen aufgestellt werden — auch das haben wir erlebt —, das gilt auch für den Ton, der sich in der letzten Zeit in diesem Hause eingeschlichen

hat. Wenn heute hier von Misthaufen und ähnlichen Dingen gesprochen wird, so ist das keine Auseinandersetzung, die der Würde dieses Hauses entspricht.

Aber, meine Damen und Herren, es gipfelt zweifellos in der heutigen dringlichen Anfrage im Wiener Landtag, in voller Kenntnis dessen, daß der verantwortliche Ressortchef dienstlich nicht in Wien ist, also aus dienstlichen Gründen an dieser Sitzung nicht teilnehmen kann, eine Vorgangsweise, die bisher in keinem Parlament geübt wurde, weil immer die Abwesenheit des zuständigen Ressortchefs respektiert wurde. (*Abg. Dkfm. Ammann: Weil es die Dringlichkeit erfordert!*) Auf die Dringlichkeit komme ich noch zurück.

Letztlich zeigt sich die Einstellung zur demokratischen Einrichtung im Verhalten des Dritten Präsidenten dieses Hohen Landtages, der es völlig ignoriert, wenn der amtierende Präsident ihn darauf aufmerksam macht, daß seine Redezeit abgelaufen ist, und der sich dann vielleicht noch hämisch freut, weil es ihm gelungen ist, mit seiner Lautstärke den Präsidenten zu überönen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Hahn, eines möchte ich in diesem Zusammenhang sagen: Wenn Sie die Behauptung aufstellen, ich hätte in den letzten Jahren meine demokratische Einstellung unter Beweis stellen können, so bin ich in dieser Frage sehr empfindlich. Beweisen Sie mir einen Akt, seit ich dieser Körperschaft angehöre, wo ich undemokratisch gehandelt hätte. Beweisen Sie mir das!

Auch in zweiter Hinsicht ist das Verhalten der Österreichischen Volkspartei sehr lehrreich, weil es zeigt, daß ihr kein Mittel zu schlecht ist, um den vorzeitig ausgebrochenen Wahlkampf von hier aus weiter anzuhetzen. Man kann, Hoher Landtag — das hat mein Vorredner, der Abgeordnete Hofmann, von seiner Sicht aus schon dargelegt —, in der Frage eines Hochhausbaus, man kann vor allem in der Frage des Wohnparks Alt-Erlaa unterschiedlicher Auffassung sein. Ich nehme, so wie Hofmann, für mich in Anspruch, daß ich kein Hochhausfan war und bin und daß ich seinerzeit als zuständiger Stadtrat für die Wohnbauförderung mich lange bemüht habe, dieses Vorhaben nicht Realität werden zu lassen. Aber ich mußte, so wie Hofmann, immer wieder zur Kenntnis nehmen, daß der damalige alleinige Geschäftsführer Muchna, gestützt auf den einstimmigen Beschluß und gestützt auf den Auftrag des Aufsichtsrates, auch des stellvertretenden Vorsitzenden Hahn in diesem Aufsichtsrat, sich für diesen Wohnbau Alt-Erlaa begeistert hat.

Nun, meine Damen und Herren, steht der erste Bauteil dieses Wohnparks Alt-Erlaa, und der zweite Bauteil steht vor der Fertigstellung. Ich nehme als örtlicher Mandatar des 23. Bezirkes, in dem sich dieser Wohnbau befindet, zur Kenntnis, daß sich die Mieter dort wohl fühlen und daß die Mieter vor allem ihre Ruhe haben wollen. Aber das ist offenbar der Österreichischen Volkspartei suspekt. Denn nicht nur die örtliche Parteileitung, sondern auch einzelne Funktionäre — und heute zeigt es sich ganz deutlich: die gesamte Wiener Österreichische Volkspartei — wollen nichts anderes, als Unruhe in die Mieterschaft zu bringen und das Verhältnis dort neuerlich zu stören. (*Abg. Hahn: Aufklärung wollen wir!*) Ich komme auf die Aufklärung noch zurück! (*Abg. Dkfm. Ammann: Beim Bauring ist es Ihnen nicht gelungen!*) Beim Bauring ist es nicht gelungen, sagen Sie, und damit geben Sie mir ein Stichwort.

Der Herr Präsident Hahn geht zum „profil“ und

beklagt sich dort bitterböse, daß er von dem Geschäftsführer als Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter hinters Licht geführt wurde. Der Herr Abg. Dkfm. Ammann, der ebenso diesem Aufsichtsrat der Gesiba angehört hat, erklärt heute, der Aufsichtsrat sei offenkundig falsch informiert worden. Was soll denn ein Aufsichtsrat tun, wenn er von der Geschäftsführung falsch informiert wird? Welche Mittel hat er denn?

Meine Damen und Herren! Was haben denn Sie die ganzen Jahre im Zusammenhang mit dem Bauring dem Aufsichtsratsvorsitzenden vorgeworfen, der sich mit Recht darauf berufen hat, daß er falsch informiert worden ist? (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wo liegt denn hier der Unterschied? Liegt denn der Unterschied nur in der Parteizugehörigkeit? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Erzählen Sie doch keine Märchen.

Dazu kommt noch weiter, daß Sie in der gegenwärtigen Situation überhaupt noch gar nicht feststellen können, daß Sie falsch informiert worden sind. Und wozu dann diesen Theaterdonner, wenn er nicht nur dazu dienen soll, die Bevölkerung zu verunsichern, die Mieter dort in Unruhe zu versetzen und diese Stadt und eine Gesellschaft dieser Stadt finanziell zu schädigen?

Denn was bewirken Sie denn damit? Sie rufen dadurch eine gewisse Unsicherheit in der Bevölkerung hervor, Sie bewirken eine Unsicherheit bei den Bewerbern für den Bauteil B, und Sie bewirken eine Unsicherheit bei den Kontrahenten dieser Gesellschaft. Wenn Sie nur die Sorge haben, daß dort etwas in Unordnung sein könnte, daß also aufgeklärt wird: Wozu haben wir Ihnen denn als Mehrheit die Möglichkeit geboten, in alle Gesellschaften Vertreter zu entsenden? Wozu haben wir Ihnen die Möglichkeit geboten, Ihre Vertreter auch in die Holding zu entsenden? Wozu haben wir Ihnen die Möglichkeit geboten, in der Beteiligungskommission jedes Detail eines Unternehmens zu besprechen? (*Abg. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Sie wissen, daß das dort abgelehnt wurde! — Widerspruch bei der SPÖ.*) Wozu müssen Sie hier unter dem Deckmantel „Pro Wien“ in die Öffentlichkeit gehen, wenn es nicht Ihre Absicht ist, in Wirklichkeit dieser Stadt so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft Schaden zuzufügen? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Maria Hlawka: Als nächster Redner hat sich Herr Abg. Dr. Peter Mayr gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Peter Mayr: Frau Präsident! Hoher Landtag! Die Debatte dauert schon erhebliche Zeit. Soweit ich mich erinnern kann, stand am Anfang das Problem, daß jemand ein Haus gebaut hat, mit dem Geld nicht ausgekommen ist und ungewiß ist, wer die Mehrkosten zahlen soll. Dieses Ziel haben wir, glaube ich, in den letzten zwei Stunden aus den Augen verloren. Das scheint mir aber das Wichtigste und der Kern des Problems zu sein.

Der Herr Stadtrat, der Herr Altstadtrat Hofmann, hat erklärt, er möchte hier ganz sachlich und emotionsfrei etwas sagen, hat dann allerdings erhebliche Polemiken losgelassen. Daher nehme ich mir die Freiheit, vorweg zu erklären, daß ich mich sehr sachlich mit dem Problem auseinandersetzen werde. Nur zwei kleine Bosheiten werden Sie mir verzeihen.

Das eine scheint doch die Frage zu sein, ob hier nicht ein SPÖ-interner Streit ausgetragen wird. Das wäre ja denkbar, wenn man verschiedene Zeitungs-

enunziationen liest. Und das zweite: Wenn ich den Herrn Altstadtrat Hofmann hier sehe, könnte ich mir durchaus vorstellen, daß sein Auftreten heute gewissermaßen auch ein Ablenkungsmanöver gegen die Kritik des neuen Planungsstadtrates sein könnte.

Vielleicht noch etwas zu den Ausführungen des Abgeordneten Hirnschall. Es ist richtig, der Flächenwidmungsplan wurde gemeinsam von SPÖ und ÖVP beschlossen. Ich war damals sogar Redner und habe darauf hingewiesen, daß hier eine anerkannte Entwicklungssachse ist. Wenn man sie so, wie es damals gedacht war, mit U 6 usw. fortgeführt hätte, dann wäre das eine sinnvolle Stadtgestaltung in diesem Bereich.

Wir haben uns auch mit dem Hochhaus auseinandergesetzt. Wir haben damals zugestimmt. So wie damals sind wir auch heute der Auffassung, daß es in einer Stadt verschiedene Wohnformen geben soll und daß es auch in rechtlicher Hinsicht verschiedene Möglichkeiten geben sollte. Das Wohnhochhaus im 23. Bezirk war ein Versuch, den wir dann eingebremst haben. Vielleicht erinnern Sie sich an die Flächenwidmung im 21. Bezirk, wo wir darauf hingewiesen haben, daß der Bedarf an Wohnhochhäusern in Wien gedeckt sei.

Aber ich möchte noch etwas anderes sagen. Ich bin nach wie vor der Auffassung, und ich finde auch Zeugen dafür im Gemeinderat, daß ein Bauträger in der Lage sein muß, ein Haus sachlich zu planen, es finanziell vorzubereiten und dann innerhalb einer vertretbaren Zeit abzurechnen. Und es muß einem Bauträger auch möglich sein, zu erklären, warum er nach einer bestimmten Bauzeit über die projektierten Kosten kommt — das ist denkbar, es gibt solche Gründe, wie Baupreissteigerungen usw. —, und er muß einen Bedeckungsvorschlag vorlegen.

Hätte man das gemacht, hätte es keinen Skandal gegeben. Daß man das auch bei einem so großen Wohnbauvorhaben machen kann, bestätigt sichtlich und einfach das Schreiben des Geschäftsführers Busta, das am Samstag oder am Montag den Mietern im Wohnpark zugegangen ist — ich habe es hier —, wo jeder nachlesen kann, daß tatsächlich Bauverzögerungen waren. Es gab sie aber nicht in dem Ausmaß, wie behauptet worden ist, weil ganz einfach die sachliche Information aus der Sicht des Geschäftsführers viel leichter möglich ist als für jemanden, der es nur von außen verfolgt. (*Amtsfr. Stadtrat Nekula: Etwas behaupten!*) Das schreibt er hinein, es steht ja hier. Er weist darauf hin, was wir auch wissen, daß der Bauzeitraum genau jene Jahre umfaßt, nämlich die Jahre 1975/76, die erhebliche Baukostensteigerungen gebracht haben, und er bringt auch, ganz offen die Fakten auf den Tisch gelegt, einen Bedeckungsvorschlag.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ: Warum machen Sie das eigentlich nicht als Fraktion? Warum sagen Sie nicht, das Haus ist so kalkuliert worden, es ist teurer geworden, weil die Baukosten gestiegen sind, wir werden jetzt eine Sanierung und Bedeckung vorlegen. Statt dessen wundern Sie sich, wenn die Zeitungen das aufgreifen, Sie wundern sich, daß hier Aufregungen entstehen. Aber warum? Sie sind doch selbst schuld! Ein Geschäftsführer geht, angeblich, weil er krank ist. Die Zeitungen berichten darüber. Sie erfahren nicht alles, natürlich kommt das eine oder andere anders zum Ausdruck als dann, wenn man tatsächlich die Unterlagen zur Verfügung hat. Man

sollte das also ehrlich sagen, und ich bin der Meinung, daß man das auch machen kann.

Aber nun doch einiges, was die Sorgen der Mieter betrifft. Ich kenne eine Reihe von Mietern. Mir ist genauso bekannt wie dem Vorredner Suttner, daß die Mieter mit dem Wohnungsgrundriß und den Wohnungen sehr zufrieden sind, sofern nicht Baumängel festgestellt worden sind und die Baumängel noch nicht behoben wurden. Aber dennoch: Wenn Sie sich anschauen, was hier geplant und versprochen worden ist und was tatsächlich gehalten wurde, dann gibt es eine erhebliche Differenz.

Das beginnt bei dem Prospekt, mit dem der Wohnpark angepriesen worden ist. Da können Sie alles sehen: Erstens eine projektierte U-Bahn-Linie U 6 — sie fährt heute nicht, und zwei Jahre nach Bezug des Bauteiles A werden wir eine Straßenbahnlinie 64 dort haben. (*Amtsführender Stadtrat Mayr: Eine Hochleistungsstrasse!*) Ja, kreuzungsfrei, sie fährt etwas schneller, der Herr Stadtrat Nekula soll auch seine Freude haben.

Zweiter Punkt, Ostrandstraße: Die war im Projekt drinnen, die Mieter haben sich aufgeregt, sich dagegen aufgelehnt, und es wurde ihnen zugesagt, sie nicht zu bauen. Siehe da, was passiert: Das Plandokument sieht diese Ostrandstraße noch immer vor! Und wenn ich nicht einen Kollegen von Ihrer Fraktion aufmerksam gemacht hätte, daß im Bautenausschuß ein Akt läuft, der Bodenbohrungen im Bereich der gesamten Ostrandstraße vorsieht, und der Akt dann schnell abgesetzt wurde, dann würde die Projektierung der Ostrandstraße trotz des Versprechens an die Mieter, daß diese Straße nicht kommt, munter weiterlaufen.

Ein weiterer Punkt betrifft den Mieterbeirat. Sie werden sagen, der Mieterbeirat ist natürlich erst dann eingeschaltet worden, nachdem der Bauteil A zur Gänze bewohnt war. Aber man hätte doch schon früher mit den bekannten Mietern das eine oder andere besprechen können.

Das Statut, das kurzfristig ausgehängt war, ist so verändert worden, daß keine Abänderungsvorschläge der einzelnen Mieter beachtet wurden. Und welch merkwürdiger — aus der Sicht der SPÖ glücklicher — Zufall: Unter den Mieterbeiräten, die mit dem Los bestimmt worden sind, findet sich der neue Sektionsobmann in diesem Bereich. Ein wunderbarer Zufall!

Eine Namensaktie, von der jedermann weiß, daß man sie erst dann ausgeben kann, wenn der Mietvertrag abgeschlossen und der Mieter daher bekannt ist, ist erst nach jahrelangen Streitigkeiten — ein Jahr benötigte man angeblich zu ihrem Druck — aufgelegt und den Mietern übergeben worden.

Ich teile Ihnen noch etwas mit, was mir von vielen Mietern, denen das nicht gefällt, gesagt wurde. Wer den Bau kennt, der weiß, daß sich auf jedem Gang sechs Wohnungen befinden und dieser Gang durch eine Tür versperrt ist. Also praktisch sind die Wohnungen doppelt gesichert. Am Abend läutet es oft an den Wohnungstüren. Wer ist es? Vielleicht ein Bekannter, der einen Schlüssel für die Gangtür hat? — Nein, es kommt kein Bekannter, sondern ein Werber für die „Arbeiter-Zeitung“. Dieser wirbt für Abonnements und gibt bei dieser Gelegenheit auch gleich politische Ezzes. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Der Skandal liegt nicht darin, daß der dort für die Zeitung wirbt, sondern daß er von der Gesiba einen Gangschlüssel hat. (*Zwischenruf bei*

der SPÖ: Sie haben gesagt, Sie werden sachlich sein!) Letzten Endes wird auch noch um die Schule gestritten.

Es geht bei diesem Bau, für dessen Sanierung wir Vorschläge erwarten, um noch zwei Punkte, die dazukommen. Das erste ist der Ton, wie mit den Mietern in den vergangenen Jahren gesprochen worden ist. Dieser Ton war überheblich und skandalös. Ich kann nur hoffen, daß das Schreiben des neuen Geschäftsführers Busta, der jetzt für diesen Bereich verantwortlich ist, eine Wende zum Besseren anzeigt.

Das zweite: Man soll den Mietern, die sich wehren, in ein von der Gesiba und der SPÖ gestricktes kollektives Korsett gepreßt zu werden, nicht unterstellen, daß sie dort nicht wohnen wollen, sondern man soll annehmen, daß sie genauso wie die anderen an der Gestaltung ihrer Wohnumwelt mitarbeiten wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Maria **Hlawka**: Als nächster Redner ist Herr Stadtrat Heller gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Amtsführender Stadtrat **Heller**: Frau Präsident! Hoher Landtag! Ich bin gern bereit, in Vertretung des Herrn Amtsführenden Stadtrates für Wohnen die vorliegende dringliche Anfrage sofort zu beantworten und möchte, bevor ich auf die einzelnen Punkte eingehe, vier grundsätzliche Bemerkungen machen:

Erstens: Man kann sich beim Studium dieser dringlichen Anfrage, vor allem bei der Art, wie sie vom Herrn Abg. Hahn vorgetragen wurde, des Eindruckes nicht erwehren, daß hier ein neuerlicher Wahlschlager, und zwar auf Kosten eines gemeinnützigen Wohnbauunternehmens, gesucht wird.

Zweitens: Ich bin der Auffassung — das hat die Debatte schon sehr deutlich ergeben —, daß Herr Abg. Hahn hier keine dringliche Anfrage hätte stellen müssen, weil er sich den größten Teil der Fragen, die er gestellt hat, als langjähriges Mitglied des Aufsichtsrates als Vorsitzender-Stellvertreter selbst beantworten könnte. (*Abg. Hahn: Das stimmt doch nicht!*)

Drittens: Ich möchte mitteilen, daß die Gesiba seit vielen Jahren, wie ich glaube, eines der bestkontrollierten Unternehmen unserer Stadt ist. Es wird nämlich nicht nur vom eigenen Aufsichtsrat, sondern auch von der Holding, vom Kontrollamt und vom gesetzlichen Prüfverband sehr genau und beinahe ununterbrochen seit dem Jahre 1974 kontrolliert.

Viertens möchte ich noch sagen, daß die Höhe der bewilligten Wohnbauförderungsmittel, wie sie im vorliegenden Antrag mit 670 Millionen Schilling genannt wird, falsch ist. Sie beträgt genau 704.680.000 S, und zwar deshalb, weil auf Grund eines Beschlusses der Wiener Landesregierung vom 1. September 1976 für Lohn- und Materialpreiserhöhungen ein Betrag von 34.216.000 S bereits nachgefordert wurde.

Nun zur Beantwortung der einzelnen Punkte der Anfrage.

Zu Frage Nummer eins: Bei der Magistratsabteilung 50 wurde von der Wohnpark Alt-Erlaa AG ein Begehren auf die Gewährung von Nachförderungsmitteln im Ausmaß von 92.128.900 S am 16. Februar dieses Jahres und ein weiteres Ansuchen um Nachförderungsmittel in der Höhe von 16.800.000 S am 22. Februar 1978 eingebracht. (*Abg. Hahn: Da ist der Beirat angelogen worden! Wir haben am 14. Februar gefragt!*) Ich habe gerade erklärt, daß die Anträge am 16. und 22. Februar eingebracht wurden. Wenn Sie daher am 14. gefragt haben, konnten Sie noch keine Auskunft erhalten.

Zur Frage Nummer zwei: Dem Begehren um Nachförderung liegt ein Prüfungsgutachten der Gesiba, die für die Wohnpark Alt-Erlaa AG als Bauaufsichtsorgan fungiert, vor. Dieses Gutachten beruht auf den von der Magistratsabteilung 50 vorgeschriebenen Berechnungsvorschriften. Der Antrag wird derzeit geprüft. Ich kann daher noch keine näheren Angaben darüber machen.

Zur Frage Nummer drei: Die Prüfung der Bauvorhaben der Gesiba beziehungsweise der Wohnpark Alt-Erlaa AG durch die Gesiba selbst ist deswegen unbedenklich, weil die Gesiba der Prüfung nicht nur durch den gesetzlichen Prüfungsverband, sondern auch durch das Kontrollamt unterliegt. Außerdem ist die Gesiba nicht selbst Bauunternehmer, sondern beauftragt außenstehende Baufirmen mit der Durchführung des Baues. Die Praxis ist daher nach meiner Meinung nicht inkompatibel.

Zur Frage Nummer vier: Bevor eine Endabrechnung vorliegt, kann eine endgültige Aussage über die allfällige Höhe der Nachforderungen nicht getroffen werden. Laut Darlehenszusicherungen ist die Endabrechnung innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung zu erstellen. Die möglichst rasche Einbringung der Endabrechnung liegt bei der Gesiba. Sie wird von mir urgiert werden.

Zur Frage Nummer sechs: Vor dem Vorliegen gesicherter Prüfungsergebnisse durch den gesetzlichen Prüfverband ist der Vorwurf, daß die Gesiba nicht in der Lage sei, den eigenen Bereich ordnungsgemäß abzuwickeln, eine bloße Unterstellung.

Zur Frage Nummer sieben: Es besteht die Absicht, auch den Bauteil C auszuführen. Die Vorarbeiten dazu sind bereits im Gange.

Und zur Frage Nummer acht: Für folgende größere Bauvorhaben, die bereits bezogen wurden, liegt noch keine Schlußabrechnung vor. Es betrifft die Wohnhausanlagen 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße 164—172, 14, Hadikgasse 128—134, 17, Neuwaldegger Straße 75, 19, Heiligenstädter Straße 140 und 22, Harlacherweg 2, wobei die meisten dieser Anlagen gegen Ende 1976 bezogen wurden.

Ich bitte Sie, diese Beantwortung zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Maria **Hlawka**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abg. Dr. Macher. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. **Macher**: Frau Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren! Meine Wortmeldung wurde spontan dadurch ausgelöst, weil einer der Herren Vorredner, nämlich der damalige Aufsichtsratsvorsitzende Abg. Hofmann, provokativ die Frage in den Raum gestellt hat, ob wir behaupten wollen, daß wir nicht auf alle Fragen, die wir gestellt hätten, auch Auskunft bekommen haben. Dazu muß ich schlicht und leidenschaftslos sagen: Ja, das wollen wir behaupten.

Diese Behauptung können wir auch unter Beweis stellen. Auf Grund der Rührigkeit des Präsidenten Hahn und der übrigen Aufsichtsratsmitglieder meiner Fraktion haben wir in diesem Fall sogar einen Beweis in Ihrer Publikation.

Die Tatsache, daß Sie uns nicht richtig informiert haben, und die Geschäftsführung zu einem Zeitpunkt, wo sie bereits hätte wissen müssen, wie hoch die Quadratmeterkosten sind, unrichtige Angaben gemacht hat, geht zunächst aus dem Protokoll über die Sitzung des Aufsichtsrates vom 8. Oktober 1976 hervor, wo auf die Frage des Herrn Präsidenten Hahn folgendes festgehalten wurde: „Herr Präsident Hahn bemerkt, daß die Gesamtbaukosten zirka 9000 S pro Quadratmeter be-

tragen. Herr Prokurist Röhner ergänzt dazu, daß der Materialpreisaufschlag bereits darin enthalten ist. Unter anderem sind die Kosten auch dadurch bedingt“ — es wird also bereits von der Kostenerhöhung gesprochen —, „daß die Gänge in den Wohnhäusern verfließt werden mußten, da Teppichböden von der Baubehörde untersagt wurden.“ *(Abg. Ing. Hofmann: Haben Sie jetzt eine Antwort bekommen oder nicht?)* „Herr Prokurist Röhner ergänzt weiters, daß die VÖEST-Offerte ... angenommen wurden.“ Das war die nüchterne Protokollierung.

Noch besser kommt es jedoch in einem vom Bauherrn veröffentlichten Heft zum Ausdruck, in dem — nachdem Präsident Hahn sich mit diesen Auskünften, die ja auch nicht vollständig waren, nicht zufriedengab und das zu einer Publikation machte — nun interessanterweise dazu Stellung genommen wird. Der Bauherr druckt in diesem Heft wörtlich die Anfragestellungen und die Beschwerden, so wie sie in der „Wochenpresse“ erschienen sind, ab und erklärt dann unter dem Schlagwort „Richtigstellung“ — also gegen besseres Wissen stellt der damalige Geschäftsführer, der gewiß mehr wußte, als alle anderen wissen konnten, das Gegenteil unter dem Schlagwort Richtigstellung fest — folgendes: „Die Sitzung des Aufsichtsrates hat am 25. November 1975 stattgefunden und wurde erst um 16 Uhr beendet. Wenige Stunden später war bereits in der „Wochenpresse“ ein Bericht über den Verlauf dieser Sitzung zu lesen.“ Also zunächst eine Beschwerde über das schnelle Arbeiten und Reagieren unserer Fraktion auf die Unrichtigkeit und Unvollständigkeit in dieser Aufsichtsratssitzung.

Es kommt aber noch besser. „Bei dem Zwischenbericht handelt es sich um eine dem Aufsichtsrat von der Geschäftsleitung offiziell übermittelte Information, bei dem zitierten Alt-Erlaaer Wirtschaftsplan handelt es sich in Wirklichkeit um den Wirtschaftsplan 1976 der Gesiba. Zur Finanzierung wird festgestellt, daß die Baufinanzierung für Alt-Erlaa bereits bei Baubeginn gesichert war und dieses Projekt daher an keinem chronischen Geldmangel leidet.“

1976! Wir stehen jetzt erst am Beginn des Jahres 1978. Also geschah das Ganze erst ein Jahr vorher. Zu einem Zeitpunkt, wo alle Tatsachen schon klar waren, wie aus dem Gutachten und den Prüfungen hervorgeht, haben Sie noch immer behauptet, es liege kein chronischer Geldmangel vor und die Finanzierung sei gesichert. *(Zwischenruf bei der SPÖ. — Abg. Hahn: Die Baupreiserhöhungen waren 1974 und nicht 1977! Angelegen ist der Aufsichtsrat ununterbrochen worden!)*

Diesen Tatsachen wollen Sie entnehmen, daß wir heute nicht nur mit Recht behauptet haben, Sie hätten erstens nur auf dringende Wiederholungen Auskünfte erteilt, sondern daß zweitens diese Auskünfte auch unvollständig waren. Sie wurden ja auch immer wieder auf später verschoben und waren dann wieder nicht vollständig. Auf Grund Ihres eigenen Abdrucks behaupten wir, daß Ihre Auskünfte unrichtig waren und es bis heute geblieben sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ihre Unruhe und Ihr heftiges emotionelles Reagieren sind verständlich. Denn es folgt ja eine auf die andere jener merkwürdigen Entwicklungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten. Aber vielleicht ist es Ihnen ein Trost, wenn ich Ihnen — was hier schon einmal geschehen ist — Ihren Programmatiker Matzner zitiere, der sagt: „Die Wiener Kommunalpolitik ist selbst nach herkömmlichen Kri-

terien gemessen, also nach der Rentabilität im Unternehmensbereich und der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit im kommunalen Bereich, auf wichtigen Gebieten eine schlechte Politik... Man kann den Eindruck bekommen, daß dort — und das ist das Markante an dieser zusammenfassenden Stellungnahme des Ihnen nahestehenden Literaten —, „wo das Rathaus vermutet wird, tatsächlich ein ratloses Haus ist.“

Meine Damen und Herren! Die unrichtigen Angaben Ihrer Geschäftsführung werden Sie mit dem Geschäftsführer noch erörtern müssen. Eines steht jedoch fest: Das, was Sie behaupten, beweist, daß Sie ratlos sind. Sie wissen nicht, was Sie eigentlich als Eigentümer

wissen müßten und was jeder andere private Eigentümer selbstverständlich weiß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Maria Hlawka: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Amtsführende Stadtrat Heller hat die Anfrage bereits beantwortet.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 11.45 Uhr.)

